

# Laibacher Tagblatt.

Redaction und Expedition: Bahnhofgasse Nr. 15.

Nr. 238.

Pränumerationspreise  
Für Laibach: Ganzj. fl. 8.40;  
Zustellung ins Haus wörtl. 25 fr.  
Mit der Post: Ganzj. fl. 12.

Mittwoch, 16. Oktober 1878. — Morgen: Hedwig.

Insertionspreise: Ein-  
blättige Zeitschriften à 4 fr., bei  
Wiederholungen à 3 fr. An-  
zeigen bis 5 Zeilen 20 fr.

11. Jahrg.

## Vom Tage.

Graf Beust wurde zum Botschafter in Paris und Graf Karolyi zum Botschafter in London ernannt.

Wiener Blätter nennen Freiherrn v. Bretis als Ministerpräsidenten. Der künftige Ministerpräsident soll des Wiedereintrittes der Herren Stremayr, Forst und Biemalkowski in das neue Kabinett bereits sicher sein und unterhandelt gegenwärtig mit Chlumetzky, der Schwierigkeit macht. Die Ernennung des neuen Ministeriums ist jedoch nicht vor Ende dieser Woche zu erwarten. Die „Montagsrevue“ bringt folgende Mittheilung: „Was den Kabinettswechsel in Oesterreich betrifft, so dürfte die Combination de Bretis derzeit nach als nicht existent zu betrachten sein, obwol nach der Lage der Dinge und der Ansicht der parlamentarischen Capacitäten, welche Gelegenheit hatten, sich zu äußern, ein anderes Kabinett als das gegenwärtige — vielleicht in veränderter Form — den schwersten Stand hätte. Die Frage der definitiven Kabinettsbildung steht übrigens noch nicht im Vordergrund, da Seine Majestät noch einige hervorragende Mitglieder des Reichsrathes zu sich bescheiden ließ. Graf Andrassy hatte gestern eine lange Besprechung mit Baron de Bretis in dessen Bureau.“

Die österreichische Delegation wird in ihrer Mehrheit den verlangten Nachtragskredit votieren; Herr v. Tisza hegt diese Erwartung auch von der ungarischen. In diesem Falle wäre die dortige Ministerkrise mit der Reetablierung des Ministeriums Tisza und der Ernennung eines neuen Finanzministers beendet.

Die hohe Pforte hat sich am 13. d. mit den Stipulationen des definitiven Friedensver-

trages mit Rußland beschäftigt, die größtentheils auch angenommen wurden. Die Unterhandlungen zum Abschlusse dieses Vertrages sollen am 21. d. beginnen.

## Zur Lage.

Fürst Bismarck bietet, wie die „Deutsche Ztg.“ mittheilt, am Wiener Hofe alles auf, um zu bewirken, daß die Occupationspolitik selbst gegen den Willen der parlamentarischen Gewalten energisch weiter verfolgt werde, und hat in Wien vielleicht noch niemals ein so freundliches Gehör gefunden als in diesem Augenblicke. Diejenige Partei bei Hofe, welche den Bruch mit Ungarn unter allen Umständen verhüten will, hatte bis vor wenigen Tagen noch das unbestreitbare Uebergewicht. Es war als bestimmt anzunehmen, daß die höchsten Factoren in unserem Staate geneigt sein würden, bezüglich der Beschränkung der Occupation auf das bisher besetzte Gebiet in Verhandlung zu treten und eine den Wünschen des Sultans Rechnung tragende Convention abzuschließen. Daran wird in diesem Augenblicke nicht mehr gedacht. Nach der letzten Kundgebung der Pforte wird es im Interesse der Großmachtstellung Oesterreich-Ungarns unbedingt notwendig erklärt, daß das Paschalik von Novibazar besetzt werde. Werden die diesfälligen militärischen Operationen verschoben, so geschieht dies nur mit Rücksicht auf die vorgerückte Jahreszeit. Es dürften kaum vierzehn Tage vergehen, bis an alle officiösen Journale der Auftrag ergangen sein wird, für die weitere Ausdehnung der Occupation bis nach Salonichi die öffentliche Stimmung zu präparieren. Es wird erklärt werden, daß zur Verringerung der Opfer an Menschenblut bei der

Bezwingung Novibazars eine Landung österreichischer Truppen in Salonichi und der Abschluß einer Allianz mit dem Königreiche Griechenland die allein zweckdienlichen Mittel seien.

Eines steht fest: die Einverleibung Albaniens und des Küstenstriches von Salonichi hat die Zustimmung des Fürsten Bismarck für sich. Man hat in Berlin die Ueberzeugung gewonnen, daß der Durchführung des Berliner Friedensvertrages unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, und bringt sowohl in Wien als in Petersburg darauf, daß die drei Kaisermächte die definitive Lösung der orientalischen Frage selbstständig in die Hand nehmen. Rußland kommt allen diesfälligen Bemühungen des Fürsten Bismarck mit größter Bereitwilligkeit entgegen. Hat es doch auf diesem Wege allein Hoffnung, so manche Scharte, die ihm durch den Berliner Vertrag zugefügt wurde, wieder auszuweken. Namentlich hofft es durch ein selbstthätiges Vorgehen der drei Kaisermächte die in Berlin verhinderte Einverleibung Ostrumeliens in Bulgarien nachträglich zu erreichen. Alle Versionen über eine hochgradige Spannung zwischen den Höfen von Wien und Petersburg sind leeres Gerede. Alle Compromisse, welche die Ungarn eingehen werden mit dem Hintergedanken, sie in ihrem Interesse auszunützen, werden, so hofft man, dazu beitragen, die Annexionspolitik zu fördern. Bereiten die beiden Reichsparlamente derselben zu große Schwierigkeiten, so ist deren Auflösung als feststehend zu betrachten. Man gibt sich in den entscheidenden Kreisen der Hoffnung hin, bei neuen Parlamentswahlen sowohl hüben als drüben Majoritäten für die Annexion zu erlangen.

## Fenilleton.

### Die neue Erziehung und ihr Recht.

(Fortsetzung.)

Dieses neue Prinzip wird nun wirksam durch die neue Methode. Die Art und Weise, wie der Erzieher auf den Zögling zu wirken hat, muß ja eine andere werden, wenn er ihn als Menschen, als sittliches Selbstwesen betrachtet, als wenn er in ihm nur einen neuen Zuwachs für seine Kirche oder seinen gewissen Stand erkennt. Die mechanische Einlernungs- oder Abrichtungsmethode kann in der neuen Erziehung nicht mehr empfohlen werden; sie würde uns ja immer wieder auf den alten Standpunkt und in das alte Geleise zurückführen. Die Erziehungs- und Unterrichtsmethode, welche wir für die neue Erziehung brauchen, kann keine andere sein, als die Entwicklungsmethode. Die guten Keime, die in jedem Kinde schlummern, müssen naturgemäß geweckt und entwickelt werden. Wie der erwärmende Strahl der Frühlingssonne aus dem vorher durch den Frost verschlossen gewesenen Boden die Keime hervorlockt, aus denen dann die Gewächse sich entwickeln, die den Menschen und Thieren die nöthige Nahrung spenden, so müssen unter der lichtvollen Thätigkeit und erwärmenden Liebe des Erziehers in Haus und

Schule die Kräfte und Anlagen entfaltet werden, die jedem Kinde durch die Natur oder den allgütigen Schöpfer mitgegeben sind. Wie aber der aus der Erde hervorblickende Keim die Lichtstrahlen einfaugt und durch sie eigenthümlich gestaltet und gefärbt wird, so muß auch der erwachende Geist des Kindes durch die Weisheit des Erziehers in den Stand gesetzt werden, die ihn umgebende, von Gottes Sonne erleuchtete Natur in sich aufzunehmen, um in ihren getreuen Armen sich zu entwickeln. Das geschieht durch die Anschauung. Wie das Kind frische Luft athmen muß, um seine Lunge ausbilden zu können, so muß es auch die Gestalten und Farben der von der Sonne erleuchteten Natur durch seine Augen, die mancherlei Töne der liebenden Mutter und der sich umher bewegenden Welt durch seine Ohren in sein Inneres aufnehmen, damit die in ihm schlummernden Gaben und Kräfte erwachen und sich entwickeln.

Die Aufgabe der Erziehung ist es nun, ihm von Anfang an die Bilder vor die Augen und die Töne ins Ohr zu bringen, die seinen zarten Nerven zuträglich sind und naturgemäß diesen innern Belebungsprozeß hervorrufen. Die Entwicklungsmethode ist daher immer zugleich Anschauungsmethode, weil nur durch die Außenwelt des Kindes Innenwelt ins Leben gerufen werden kann. Wollten wir die Kinder absperrern gegen

jeden Lichtstrahl von außen, wollten wir das bunte Gestalten- und Farbenspiel der Außenwelt nicht auf seine Sinne und durch dieselben auf seinen Geist wirken lassen, wollten wir es kein Wort, kein Lied, keinen Ton vernehmen lassen, so würden nicht nur seine Sinne, sondern auch seine Geisteskräfte vollständig unentwickelt, es würde trotz leiblichen Lebens todt bleiben und unfähig, seine in ihm schlummernden Kräfte zu gebrauchen. Wie die fühlbare Natur aber auf den Geist wirkt und der Geist die ersten Ahnungen erweckt, daß außer uns noch eine Welt besteht und wir mit derselben im innigsten Zusammenhange stehen, so leitet die Anschauung der sichtbaren Natur den zum Denken erwachenden Geist auch über die Grenzen der Sinnlichkeit hinaus. Aus der sichtbaren Welt taucht die Ahnung einer unsichtbaren auf. Die natürliche Ordnung der Welt weist auf eine sittliche oder übernatürliche Weltordnung hin, und auf der Stufenleiter der Schöpfung gelangt der Mensch zu dem unsichtbaren und doch überall fühl- und empfindbaren Schöpfer hervor, und zwar das Kind mit seinem reinen Auge und offenen Herzen noch viel leichter und schneller als der Erwachsene, der durch des Lebens verworrene Gänge diesen freien schuldlosen Ausblick in das Jenenseits verloren hat.

(Fortsetzung folgt.)

## Zur Action Rußlands.

Die russische Regierung hat nach Bericht der „Times“ den Mächten mitgetheilt, daß sie den Befehl erteilte, den weiteren Rückzug der russischen Truppen gegen Adrianopel einzustellen, indem sie gleichzeitig diese Maßregel mit Gründen belegte. Dieser Mittheilung zufolge berichtete der Oberbefehlshaber General Tottleben über den Ausbruch von ernstem Unruhen in den von den Russen geräumten Distrikten, insbesondere in Silivri, und daß die christliche Bevölkerung, angesichts ihrer Auslieferung in die Hände jener, welche sich solch' entsetzlicher Ausschreitungen schuldig gemacht hatten, ihre Wohnorte verlasse, der russischen Armee nachziehe und dieselbe beschwöre, sie nicht ihrem Schicksale zu überlassen. Infolge dieser Berichte wurde der russische Botschafter in Konstantinopel beauftragt, bei der Pforte in energischer Weise vorstellig zu werden, um dieselbe zu schleunigem Einschreiten zu veranlassen. Gleichzeitig erhielt der Oberbefehlshaber den Befehl, den weiteren Rückzug der Armee einzustellen. Indem die russische Regierung den Mächten dies mittheilt, ladet sie dieselben ein, sich ihren Vorstellungen in Konstantinopel anzuschließen, indem sie die Hoffnung ausspricht, daß die Mächte den Vortheil einsehen werden, sämtlichen Bestimmungen des Berliner Friedensvertrages die Ausführung zu sichern und diesem Vertrag jene Achtung zu bewahren, die ein solch' feierlicher Act verdient.

## Vom Occupationschauplätze.

Ueber die angeordnete Truppen-Demobilisierung verlautet: Es werden fünf Divisionen, und zwar die 6., 14., 20., 31. (nicht 21.) und 33. Truppendivision, wie auch die kroatische und dalmatinische Landwehr demobilisiert, so daß in Bosnien und der Herzegowina 6 Divisionen, nämlich die 1. (Infanterieregiment 26, 37, 41 und 76 — 1. Jägerbataillon), die 4. (Infanterieregiment 8, 45, 49 und 54 — 4. und 25. Jägerbataillon), die 7. (Infanterieregiment 16, 17, 22 und 46 — 8. Jägerbataillon), die 13. (Infanterieregiment 26, 60 und 68 — 32., 33. Jägerbataillon), die 14. (Infanterieregiment 48, 58, 72 und 79 — 12. Jägerbataillon), die 18. (Infanterieregiment 27, 32, 69 und 72 — 7., 19tes Jägerbataillon und 3. Kaiserjäger-Bataillon) und die 36. (Infanterieregiment 23, 29, 53 und 78) Infanterie-Truppendivision, wie das 5. und 12te Uhlaneregiment verbleiben werden. Ein großer Theil der Feldartillerie wie der Kavallerie, mit Ausnahme der genannten Uhlaneregimenter, wird ebenfalls demobilisiert, und außerdem tritt bei den Kompagnien der in Bosnien und der Herzegowina verbleibenden Armee-Abtheilungen eine Standesreduction auf etwa 150 Mann per Kompagnie ein. Es wird demnach eine, wenn auch nicht vollständige, so doch allseitige und ausgiebige Rückkehr der Reservisten stattfinden. Die Zahl der in die Heimat zurückkehrenden Soldaten wird uns auf 80,000 Mann beziffert, so daß eine tägliche Ersparung von mindestens 120,000 fl. an Occupationskosten eintreten dürfte.

Zur näheren Orientierung verzeichnen wir jene Truppenkörper, die in Bosnien und in der Herzegowina verbleiben, die Linien-Infanterieregimenter:

Nr. 8 FML. Abele, Nr. 16 FML. Wehlar, Nr. 17 FML. Kuhn, Nr. 22 FML. Weber, Nr. 23 FML. Uroldi, Nr. 26 Großfürst Michael, Nr. 27 König der Belgier, Nr. 29 und 32 FML. Scudier, Nr. 37 Erzherzog Josef, Nr. 41 FML. Kellner, Nr. 45 Erzherzog Sigmund, Nr. 46 Herzog von Meiningen, Nr. 48 Erzherzog Ernst, Nr. 49 FML. Heß, Nr. 53 Erzherzog Leopold, Nr. 54 FML. Thun, Nr. 60 FML. Nagy, Nr. 68 FML. Rodich, Nr. 69 FML. Zelacic, Nr. 72 FML. Dormus, Nr. 76 FML. Knebel, Nr. 78

FZM. Sofsevit, Nr. 79 FZM. Zelacic; die Feldjäger-Bataillone Nr. 1, 4, 7, 8, 12, 19, 25 und 33.

## Zur orientalischen Frage.

Die Note der Türkei an Oesterreich enthielt, trotzdem der Sultan es so verlangte, keinen Protest wegen Verletzung des Völkerrechtes und der Souveränität des Sultans, weil Savjet Pascha erklärte, er werde in solchem Falle resignieren. Die Note soll infolge dessen verjöhnlicher abgefaßt und so überreicht worden sein.

Die „Wiener Abendpost“ schreibt: „Die eingelangten Londoner und Berliner Telegramme berichten über die Aufnahme, welche die neuesten Eröffnungen der Pforte bei den europäischen Mächten gefunden haben. Daß letztere mit den Verdächtigungen der Politik des Wiener Kabinetts und mit den mehr als leichtfertigen Anklagen gegen die Haltung und Disciplin der k. k. Truppen in Bosnien einen schwerwiegenden Fehler begangen habe, wird, auch unabhängig von der Stellung, welche die europäischen Kabinette zu dem Schritte der Pforte eingenommen haben, selbst von jenen bedingungslos anerkannt, welche bisher mit ihren Sympathien für das türkische Reich nicht kargten. Die Sprache der conservativen englischen Presse insbesondere liefert dafür einen unwiderleglichen Beweis.“

## Tagesneuigkeiten.

— Fürst Auersperg und die Grazer „Tagespost.“ Die „Bohemia“ bringt eine offiziöse Korrespondenz, in welcher einiges zur „Vorgeschichte“ der „Enthüllungen“ des Fürsten Auersperg erzählt wird. Die Thatsachen werden in dieser Korrespondenz stark verschoben. Allerdings hat der Präsident der Actiengesellschaft „Beylam-Josefsthäl“, Herr Jakob Syz, früher Landtags- und Reichsrathsabgeordneter, mit der Regierung auf Grund der ihm von einem Regierungsorgane gemachten und nicht gehaltenen Zusagen über den Pacht der „Grazer Zeitung“ in Wien verhandelt. Die Entscheidung hierüber fiel jedoch in die erste Hälfte des Monats September und wurde mit Urtheilen über die „Tagespost“ motiviert, deren Natur und Provenienz näher kennen zu lernen, der Leiter dieses Blattes nach Wien gereist ist. Der letztere hat nun die Ansichten des Fürsten A. Auersperg angenommen und dieselben wahrheitsgemäß zu einer Zeit veröffentlicht, welche ihm passend dünkte und in welcher der Fürst noch über den Vollbesitz seiner Macht als Ministerpräsident verfügt. Ohne den Verlag zu fragen, ohne Kenntnis einer formellen Erledigung der erwähnten Pachtangelegenheit, hat die Redaction der „Tagespost“ aus politischen und gar keinen anderen Gründen in durchaus objektiver und wahrheitsgemäßer Form die Ansichten des Fürsten Adolf Auersperg über Presse und Parlament veröffentlicht. Eigenthümlich ist es, daß von allen großen Wiener Blättern nur die „Neue fr. Presse“ diese offiziöse Korrespondenz der „Bohemia“ reproduciert, die, wenn sie auch nicht tendenziös gefärbt und wenn sie auch vollständig wahr wäre, an dem Sachverhalte der Mittheilungen der „Tagespost“ gar nichts ändert.

— Granit und Marmor in Bosnien. Wie den „Narodne Novine“ geschrieben wird, werden aus dem Mataica-Gebirge in Bosnien seit einigen Tagen große Quantitäten herrlichen Granits ausgeführt, und kommt dies den steinarmen Gegenden Slavoniens sehr zustatten. Die Zufuhr dieses Gesteines ist billig und leicht, und können mit denselben die von Sissel leer herabkommenden Schiffe bequem befrachtet werden. Der Bau-Unternehmer der Kathedrale in Djalovar hat vor einigen Jahren das Mataica-Gebirge untersucht und gefunden, daß letzteres nicht nur viel bessern Granit enthält, als es der beste kroatische ist, sondern auch

ausgezeichneten Marmor birgt. Es wird nun darüber verhandelt, daß sowohl das Save-Ufer in und bei Brod mit diesem Granitstein befestigt, als auch die Gassen dieser Stadt mit demselben gepflastert werden.

— Königliche Passion. König Ludwig in Baiern läßt für sich allein und in besonderer Befehung demnächst die Wagner'sche Nibelungen-Tetralogie im Hoftheater aufführen. Die Aufführungen geschehen von „Rheingold“ und „Walküre“ am 11. und 12. November, von „Siegfried“ und der „Götterdämmerung“ am 14. und 15. November. Herr Nachbaur und Fräulein Scheffsky werden in der Tetralogie singen.

## Pokal- und Provinzial-Angelegenheiten.

— (Der Krainer Landtag) wählte heute die Mitglieder des Landesauschusses. Gewählt wurden von der Curie des Großgrundbesitzes: Abg. Karl Deschmann; von der Curie der Städte, Märkte und der Handelskammer: Abg. Dr. von Schrey; von der Curie der Landgemeinden: Abg. Dr. Bošnjak (Abg. Dr. Bleiweis hat seine Wahl aus Altersrückichten abgelehnt); aus dem gesammten Landesvertretungskörper: Abg. Dr. Schaffer. Zu Stellvertretern der obgenannten vier Landesauschussmitglieder wurden gewählt die Abgg. Baron Taufferer, Bürgermeister Lashan, Dr. Polukar (Abg. Klun hat abgelehnt) und N. v. Gariboldi. — Ueber Antrag des Abg. Dr. v. Schrey und Genossen und über Zusatz- und Erhöhungsantrag des Abg. Dr. Bleiweis votiert der hohe Landtag in Anerkennung der Tapferkeit unserer bei der Occupationsarmee kämpfenden Landesfinder einen Betrag von 2000 fl. zur Vertheilung an die verwundeten heimatischen Truppen des Landes Krain, welcher Beschluß einstimmig erfolgte, vom Herrn Landespräsidenten dankend und vom ganzen Hause mit stürmischen Hochs und Slavas begrüßt wurde.

— (Sterbefall.) Gestern starb nach kaum fünftägiger Krankheit der hiesige, im jugendlichen Alter stehende Oberrealschulprofessor Streitmann an der Diphtheritis.

— (Für die Feuerwehr.) Die Triester Versicherungsgesellschaft „Assicurazioni Generali“ hat aus Anlaß des kürzlich stattgehabten Brandes in der Strzelba'schen Seifeniederei der Laibacher freiwilligen Feuerwehr den Betrag von 100 fl. gewidmet. Wir freuen uns dieser neuerlichen Würdigung der Thätigkeit und des Nutzens unserer Feuerwehr, die wir zu ihren Erfolgen, namentlich auch in Hinsicht der immer weiteren Ausbreitung des organisierten freiwilligen Vöschweßens im Lande, aufrichtig beglückwünschen. Die „Assicurazioni Generali“, glauben wir, hat wie ein kluger Rechner ihr Geld zu hundertfältigen Zinsen angelegt, denn die weiteste Ausbreitung, entsprechende Ausrüstung und tüchtige Schulung der Feuerwehren liegt ja im ganz besonderen, eigensten Interesse der Versicherungsgesellschaften.

— (Tapferkeitsmedaillen) wurden ausgetheilt: beim Inf.-Reg. Kuhn Nr. 17 für Rogelje (5. August) 2 silberne 1. Klasse, 11 silb. 2. Kl., für Rogelje und Zajce (5. und 7. August) 2 silb. 1. Kl. und 10 silb. 2. Kl., für Zajce (7ten August) 2 gold., 6 silb. 1. Kl. und 15 silb. 2. Kl., zusammen 48; beim Inf.-Reg. Erzherzog Leopold: für Rogelje 3 silb. 2. Kl., für Zajce 3 silb. 1. Kl. und 33 silb. 2. Kl., zusammen 39.

— (Aus den Nachbarprovinzen.) Am 14. d. M. morgens ist im Garnisonsspital in Triest Feuer ausgebrochen. Um 9 Uhr morgens war das Feuer vollständig lokalisiert. Der ganze Dachstuhl und die oberen Stockwerke sind niedergebrannt. Die unteren feuerfesten Spitalräume blieben intact. Die Kranken wurden theils in das Spital Mojana, theils in die große Kaserne überführt.

— (Aus der Ugramer Landstube.) Die Abgeordneten der kroatischen Nation wählen bei Charakterisierung der denselben verhafteten Persön-

lichkeiten nicht die höflichste Form. Eines der Landtagsmitglieder äußerte sich über den Grafen Andrássy und bemerkte, daß Andrássy ein magyarischer Zigeuner und daß dessen ungarischer Adel gestohlen sei.

## Krainger Landtag.

(12. Sitzung.)

Lai bach, 14. Oktober.

(Schluß.)

VIII. „1.) Dem Bezirksstrafenausschusse Groß-Laschitz wird für seinen ganzen Gebietsumfang die Einhebung einer 12perz. Umlage zu allen direkten Steuern sammt Eindrittelzuschlag für das Jahr 1879 unter der bedingnißweisen Voraussetzung bewilliget, daß nach vollendeter Kundmachung des Umlagenbeschlusses keine vom Landesauschusse als begründet erkannte Beschwerde rechtzeitig vorgekommen sein werde, und es sei der Landesauschusse ermächtigt, unter dieser Bedingung diese Umlagenbewilligung auszufertigen.

„2.) Dem Bezirksstrafenausschusse Tschernembl wird für seinen ganzen Gebietsumfang die Einhebung einer 20perz. Umlage auf alle direkten Steuern sammt Eindrittelzuschlag für das Jahr 1879 unter der bedingnißweisen Voraussetzung bewilliget, daß nach vollendeter Kundmachung des Umlagenbeschlusses keine vom Landesauschusse als begründet erkannte Beschwerde rechtzeitig vorgenommen sein werde, und es sei der Landesauschusse ermächtigt, unter dieser Bedingung diese Umlagenbewilligung auszufertigen.“ (Antrag des Gemeinde-Ausschusses, Referent: Abg. Pfeifer.)

„IX. 1.) An Stelle der bisher bestehenden Tottenbeschaugebür per 30 kr. wird eine mit 1. Jänner 1879 beginnende Tottenbeschreibetage per 50 kr. und Tottenbeschautage per 50 kr., zusammen per 1 fl., für alle — mit Ausnahme der Armen-Totfälle — in Lai bach zugunsten der Stadtkasse eingeführt.

„2.) Der Landesauschusse wird beauftragt, die hiezu erforderliche allerhöchste Sanction zu erwirken.“ (Antrag des Gemeinde-Ausschusses, Referent: Abg. Dr. Deu.)

„X. Der Landesauschusse wird ermächtigt, der Ortsgemeinde St. Martin bei Littai die Einhebung einer 42perz. Umlage von allen direkten Steuern in der Steuergemeinde Liberga für das Jahr 1879 zur Bestreitung der Kosten für die Friedhofserweiterung und die Tottenkammer bei der Kirche in Liberga zu bewilligen, sobald die Gemeindevorstellung den Nachweis geliefert haben wird, alle diesbezüglichen gesetzlichen Förmlichkeiten erfüllt zu haben.“ (Antrag des Gemeinde-Ausschusses, Referent: Abg. Dr. R. v. Westeneck.)

„XI. Die Erhaltungskosten der Neuanlage der Großlup-Deutsch-Dbergurkerstraße sind bis auf weiteres vorläufigweise aus dem Landesfonde zu bestreiten.“ (Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses, Referent: Abg. Potočnik.)

Die Behandlung der übrigen unerledigten Punkte der Tagesordnung wird auf Dienstag, den 15. d., vertagt.

(13. Sitzung.)

Lai bach, 15. Oktober.

Gegenwärtig: Landeshauptmann Dr. R. v. Kaltenegger und 31 Abgeordnete; als Regierungsvertreter: Landespräsident R. v. Kallina und die RR. Graf Chorinsky und R. v. Madung.

Der Landeshauptmann legt drei Vorlagen auf den Tisch des Hauses.

Der Landespräsident ergreift das Wort zur Beantwortung von drei in vorausgegangenen Sitzungen an die Regierung gerichteten Interpellationen:

Zur ersten Interpellation (Abg. Graf Thurn und Genossen) inbetreff des Institutes der Steuer-executoren: Die zur Einbringung der Steuerrückstände verwendeten Militär-Executionsmannschaften

und Zivilorgane haben nicht die gewünschten Erfolge zutage gebracht, das Finanzministerium griff zu einem Mittel der Substituierung dieser Organe und hatte dabei die Schonung des Steuerträgers vor Augen, es führte das Institut der Steuer-executoren ein, die nur die Aufträge der Behörden vollziehen und sich jeder eigenmächtigen Amtshandlung zu enthalten haben. Dem Landesauschusse wird ein Exemplar der Instruction der Steuer-executoren mitgeteilt werden. Der Landeschef gibt der Versicherung Ausdruck, daß bei Einbringung der Steuerrückstände die möglichste Schonung der Steuerträger beobachtet wird.

Zur zweiten Interpellation (Abg. Potočnik und Genossen) inbetreff der Landtagswahl-Agitationen: Wegen Disciplinarbehandlung des Postmeisters C. ist eine Beschwerde bei der Landesregierung nicht überreicht worden, der k. k. Post-Oberkommissär hat nicht nur den Postmeister C., sondern auch die übrigen im dortigen Rayon bestehenden Postämter dienstlich untersucht. Die Dienstkündigung an den Postmeister C. erfolgte nicht über Ansuchen der Regierung, sondern aus dienstlichen Rücksichten von Seite der Postdirection. Der k. k. Gendarmerie obliegt die Aufgabe, an Orten, wo Volksversammlungen oder Menschenzusammenläufe stattfinden, sich zu zeigen und nöthigenfalls einzuschreiten.

Zur dritten Interpellation (Abg. Ravnatil und Genossen) bezüglich des angeblichen Stimmenkaufes bei den Landtagswahlen in Rudolfswerth: Nach den von der Regierung gepflogenen Erhebungen sind bei Gericht vier Anzeigen angeblich wegen Stimmenkaufes vorgekommen; gegen zwei Beschuldigte wurde die Untersuchung wegen Mangel jeden Anhaltspunktes eingestellt; gegen die weiteren zwei findet am 19. d. die Schlußverhandlung statt. Mittheilungen aus gerichtlichen Untersuchungsacten und Vorlagen von solchen auf den Tisch des Landtages sind prinzipiell nicht zulässig; eine höhere Anordnung zur Einstellung der gerichtlichen Untersuchung ist nicht erfolgt.

Das hohe Haus nimmt diese Interpellations-Beantwortungen zur Kenntnis.

Der Landtag schreitet zur Erledigung der Tagesordnung, zuerst zur dritten Lesung des Gesetzes über die Aenderung der Volksschulgesetze für Krain (Berichterstatter Dr. R. v. Westeneck.) Das Gesetz wird von der Majorität des Hauses angenommen.

Der Abg. Freiherr v. Apfaltrern erstattet namens des Finanzausschusses Bericht, betreffend die Sitemisierung einer zweiten stabilen technischen Beamtenstelle beim landschaftlichen Bauamte. Die Anträge lauten: „Der hohe Landtag wolle beschließen:

„1.) Für den bautechnischen Dienst ist auf die Dauer des Bedarfes ein zweiter landschaftlicher Beamter mit dem Titel eines Ingenieurassistenten und einem Jahresgehalt von höchstens 1000 fl. anzustellen;

„2.) diese Stelle ist eine provisorische und lediglich im Wege eines Vertragsabschlusses mit dem betreffenden Bewerber unter Normierung einer angemessenen Kündigungsfrist zu besetzen;

„3.) der Landesauschusse wird mit der Durchführung der Beschlüsse 1 und 2 beauftragt;

„4.) dem landschaftlichen Ingenieur Herrn Franz Witschl wird in Anerkennung seiner fortgesetzten, eifrigen und angestrengten Dienstleistung eine auf den Dienst des Jahres 1878 zu verrechnende Remuneration von 200 fl. aus dem Landesfonde bewilligt.“

Diese vier Anträge werden ohne Debatte zum Beschlusse erhoben.

Abg. Freiherr v. Apfaltrern referiert (in Vertretung des Finanzausschusses) über die beantragten Bauherstellungen im Polana-Spitalspitale und stellt folgende Anträge:

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

a) Ueber den Vorschlag des Landesauschusses zur Vornahme von Bauherstellungen in der land-

schaftlichen Spitalsrealität in der Polana-Vorstadt mit einem Kostenpräliminare von 6. W. fl. 18,915 wird zur Tagesordnung übergegangen;

b) der Landesauschusse wird beauftragt, diese Realität bei sich ergebender günstiger Verkauf Gelegenheit unter Auflassung dieses Nothspitals zu verkaufen;

c) weiters wird der Landesauschusse angewiesen, die Frage einer eingehenden Erwägung zu unterziehen: in welcher Weise die Auftheilung der Kosten der Landeswohltätigkeits-Anstalten und jener für Verpflegung diesländiger Landesangehöriger in fremdländischen Spitalen geschehen könnte, damit dem Maße der Participierung der Gemeinde-Angehörigen der verschiedenen Bezirke an diesen Kosten durch eine ihnen, abgesehen von der schon reduziert werdenden Landesumlage, aufzuerlegende Umlage in gerechter Weise entsprochen werde? und hierüber dem hohen Landtage in dessen nächster Session seine Vorschläge zu machen;

d) rücksichtlich der Verpflegskosten für die im hiesigen Zivilspitale unterbrachten armen Kranken der Stadt Lai bach an Stelle des zufolge Gubernialdekrete vom 22. Juli 1849, B. 11641, und des Gubernialintimates vom 24. Februar 1850, B. 3086, geltenden Provisoriums ein definitives Uebereinkommen mit der Stadtgemeinde Lai bach wegen Unterbringung ihrer armen Kranken im hiesigen Zivilspitale unter für die Stadt und für das Land gleich billigen und gerechten Bedingungen zu vereinbaren und dem hohen Landtage in der nächsten Session zur Genehmigung vorzulegen, im Falle des Mißlingens aber weitere Anträge zu stellen;

e) die derzeit mit dieser Stadtgemeinde bestehende Verpflegstaxe nach dem Durchschnitte der letztverfloffenen drei Jahre neu zu regeln und bei der hierüber für die seit letztem Dezember 1871 verfloffene Periode auf Grund der reichsgerichtlichen Entscheidung vom 29. April 1872, B. 41, zu pflegenden Abrechnung dahin zu streben, daß das Land vor einer Benachtheiligung aus Anlaß der seit obigem Zeitpunkte namhaft gestiegenen Regie- und Verpflegskosten bewahrt bleibe.“

Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte über diese Anträge:

Abg. Dr. Bleiweis: Das Land Krain hat die Verwaltung der Stiftungen der Wohlthätigkeitsanstalten vom Staate unter der Bedingung übernommen, daß die Stiftungsverbindlichkeiten genau erfüllt und die Stiftungsvermögensschaften nicht angetastet werden; Redner spricht sich gegen den Verkauf der Spitalsrealität in der Polana aus.

Abg. Freiherr v. Apfaltrern unterstützt die Anträge des Finanzausschusses, verwahrt sich gegen eine Erweiterung des haufällig gewordenen Spitalgebäudes in der Polana und hält das Land Krain zur Erweiterung der bestehenden Landesspitalsrealitäten nicht für verpflichtet; das Land Krain hat auf dem Gebiete des Sanitätswesens bereits vieles gethan, und selbst das Reichsanitätsgesetz legt dem Lande Krain einen Erweiterungsbau nicht auf.

Der Landespräsident R. v. Kallina bezeichnet die Sorge für Unterbringung der Kranken als eine der schönsten und humansten Aufgaben des Landes. Der Bedarf nach Krankenheilanstalten steigt von Jahr zu Jahr, es ist eine für Lai bach vortheilhafte Erscheinung, daß die ländliche Bevölkerung in Krain nicht bei Kurpfuschern und Wasenmeistern, sondern in dem rationell bestellten Landes-Zivilspitale in Lai bach Hilfe sucht. Der Landeschef erklärt den Erweiterungsbau bei der Polana-Spitalsfiliale als wünschenswerth, und bemerkt, auch die Bezirke Krains wären aufzufordern, Krankenhäuser zu bauen.

Abg. Dr. Bošnjak ist gegen den Verkauf der Polanarealität und beantragt: Der Landesauschusse werde beauftragt, die Gemeinden im Lande Krain zur Erbauung und Errichtung von Zivilspitalern aufzufordern; zu diesem Zwecke seien Erhebungen zu pflegen über die in den größeren Bezirken Krains bestehenden und hiezu geeigneten

